10. 1. Fällt die Berechnung über die Guthschrift von Kouponen, welche infolge erteilten Inkassomandates erhoben worden sind, unter den Begriff der Berechnung über ein Guthaben aus einem Anschaffungsgeschäfte im Sinne des Tarifes Nr. II, 4b zum Reichsgesetz, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben, vom 1. Juli 1881 (R.G.Bl. S. 185)?

Wgl. Entsch. Bd. 11 Nr. 39.

2. Sind die von dem Bundesrate zur Beseitigung von Zweifeln und Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Auslegung und Anwendung des Reichsstempelabgabengesetzes unter dem 5. Juli 1882 gefassten Beschlüsse für den Richter bindend?

3. Zur Auslegung des zweiten dieser Bundesratsbeschlüsse.

III. Straffenat. Urtr. v. 16. Februar 1885 g. R. u. Gen. Rep. 90/85.

I. Schöffengericht Neustrelitz.

II. Landgericht daselbst.

Aus den Gründen:

1. Der Brief vom 2. Juli 1883, welchen die Direktion der Diskontogesellschaft in Berlin an die, von den sieben Angeklagten als deren Direktoren vertretene Vorschußanstalt zu Neustrelitz geschrieben hat, und dessen Stempelpflichtigkeit nach Maßgabe der Position II, 4b des Tarifes zum Gesetze, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben, vom 1. Juli 1881 in der vorliegenden Untersuchung in Frage steht, lautet dahin:

„In Verfolg der Ihnen mitgetheilten Rechnungsbedingungen schreiben wir Ihnen aus der Verwaltung des bei uns beruhenden Depots für die fälligen Kouponen resp. Dividendenscheine

Kouponen St. 36 Ungar. Ostbahn Staats-Oblig. M 540,00 $\frac{2}{7}$

„ fl. 13000 4% Goldrente £ 26:20,52 „ 533,50 $\frac{2}{7}$

M 1073,50

wie üblich gut.“

Das angefochtene landgerichtliche Urteil ſtellt thatſächlich feſt, daß die Vorſchußanſtalt bei der Diskontogeſellſchaft ein Depot ihr, der Vorſchußanſtalt, gehöriger Wertpapiere hat, daß zu den deponierten Papieren u. a. die in dem Briefe vom 2. Juli 1883 bezeichneten gehören, daß die Diskontogeſellſchaft von der Vorſchußanſtalt zur Verwaltung der deponierten Wertpapiere und zu allen mit der Verwaltung eines derartigen Depots verbundenen Geſchäften, u. a. auch zur Detachierung der fälligen Koupons dieſer Papiere, Präſentation derſelben bei den betreffenden Einlöſungsſtellen und Gulſchrift des bei letzteren erhobenen Betrages bevollmächtigt ſei, endlich, daß ſpeziell die Detachierung und Einlöſung der in dem Briefe erwähnten fälligen Koupons, wie ſich dieſes aus dem Inhalte des Schreibens ſelbſt ergebe, inſolge des von der Vorſchußanſtalt erhaltenen obenerwähnten Auftrages erfolgt ſei. (Vgl. namentlich die Feſtſtellung: der Diskontogeſellſchaft war das Depot, in welchem ſich dieſe und andere Wertpapiere befanden, zur Verwaltung übergeben, und nach Ausweis des Schreibens vom 2. Juli 1883 hat dieſelbe aus der Verwaltung, d. h. inſolge des ihr gewordenen Auftrages, die Koupons erhoben und gutgeſchrieben.)

Dieſe Feſtſtellung ergibt unmittelbar, daß das in Rede ſtehende Schreiben dem in Poſ. II, 4b geordneten Stempel nicht unterliegt, und zwar ohne daß auf die überdieß feſtgeſtellte Thatſache etwas kommt, daß die Diskontogeſellſchaft in Berlin zugleich die Einlöſungsſtelle für Koupons der in dem Briefe gedachten Wertpapiere iſt.

Die Tarifpoſition II, 4b unterwirft der Stempelpflicht nicht ſchlechthin alle im kaufmänniſchen Verkehre im Inlande ausgeſtellten Rechnungen, Notizen, Geſchäftsbücherauszüge und ſonſtige Berechnungen beſtehender oder ausgeglichener Guthaben oder Verpflichtungen, ſondern nur die Rechnungen u, welche über Guthaben oder Verpflichtungen aus beſtimmt bezeichneten Geſchäften, nämlich aus abgeſchloſſenen oder prolongierten Kauf- oder anderweiten Anſchaffungs- oder Lieferungsgeſchäften über Wechſel und die ſonſtigen in Nr. 4b gedachten Wertpapiere ausgeſtellt werden. Daß im gegenwärtigen Falle von dem Vorliegen eines Kauf- oder Lieferungsgeſchäftes, deſſen Gegenſtand die in dem Briefe erwähnten Koupons gebildet hätten, nicht die Rede ſein kann, bedarf keiner Ausführung. Ebenſowenig kann aber auch der Annahme der Vorinſtanz beigetreten werden, daß die in dem Briefe enthaltene Berechnung einen Anſpruch, ein Guthaben aus einem

Anſchaffungsgeſchäfte im Sinne des Tarifes betreffe. Der Begriff des Anſchaffungsgeſchäftes hat weder in dem Reichsstempelabgabengeſetze vom 1. Juli 1881, noch in Art. 271 Nr. 1 H.G.B.'s, aus welchem er offenbar in den Tarif Nr. II, 4b des erſteren herübergenommen worden iſt, eine geſetzliche Definition gefunden. Soviel iſt aber nach den Anſchauungen des Handelverkehrs, wie nach dem Wortlaute des Geſetzes, welches den Kauf nicht dem Anſchaffungsgeſchäfte als ein anderes Rechtsgeſchäft gegenüber, ſondern als das vornehmſte und typiſche Anſchaffungsgeſchäft an die Spitze ſtellt (verb.: „Kauf- oder anderweite Anſchaffungsgeſchäfte“), unzweifelhaft und in der einſchlagenden handelsrechtlichen Litteratur unbeſtritten, daß darunter nur Geſchäfte verſtanden werden können, welche unmittelbar oder doch mittelbar auf Erwerb von Eigentum gegen Entgelt gerichtet ſind.

Vgl. u. a. v. Hahn, Kommentar zum Handelsgesetzbuche Art. 271 §. 3 Bd. 2 S. 4 flg. 2. Ausg.; Goldſchmidt, Handbuch des Handelsrechtes §. 43 Bd. 1 S. 544 flg. 2. Aufl.; Endermann, Handbuch für Handels-, See- und Wechselrecht §. 14 Bd. 1 S. 58 flg.; auch Entſch. des R.G.'s in Straff. Bd. 11 S. 146 flg.

Das reine Depositum, die Übergabe eines Gegenstandes zur Aufbewahrung, wie das reine Inkassomandat, der Auftrag, einen im Besitze des Beauftragten bereits befindlichen oder zu diesem Zwecke ihm erst übergebenen Wechsel oder sonstiges, eine Schuldforderung repräsentierendes Wertpapier einzuheben, gehört zu diesen Anschaffungsgeſchäfte zweifellos nicht; keiner dieser Verträge hat den Erwerb des Eigentumes an dem deponierten oder zur Einſaffierung übergebenen Wertpapiere von ſeiten des Depositars oder Mandatars zum Zwecke und Erfolg. Daß aber im vorliegenden Falle, ſoweit die in dem Briefe vom 2. Juli 1883 berechnete Kouponerhebung in Frage ſteht, es ſich um etwas anderes gehandelt habe, als um ein reines Inkassomandat, daß hier inſbeſondere diejenige Geſtaltung des ſogenannten irregulären Depositums oder Mandates vorgelegen habe, vermöge deren die Koupons der zum Depot und zur Verwaltung übergebenen Wertpapiere lediglich als Gattungsfachen in Betracht gekommen, das Eigentum derſelben auf die Diſkontogeſellſchaft übergegangen und von der letzteren nur die Verpflichtung zur Erſtattung oder Gutſchrift des tantundem, des Wertbetrages der Koupons, übernommen worden wäre (ſ. g. Anſchaffung in laufender Rechnung), dafür gewährt der Briefinhalt und die über den letzteren getroffene

thatsächliche Feststellung keinen Anhalt, nach welchen vielmehr der der Diskontogesellschaft erteilte Auftrag einfach auf Erhebung der verfallenen Koupons der im Depot befindlichen, individuell bestimmten Wertpapiere gerichtet gewesen ist. — Für die rechtliche Natur des Geschäftes, auf dessen Ausführung sich die in dem Briefe enthaltene Berechnung bezieht, als eines reinen Mandatsvertrages erscheint es aber namentlich auch völlig gleichgültig, ob die Koupons infolge der vorausgegangenen Deponierung der Wertpapiere sich bereits im Besitze des Mandatars befanden oder ihm zum Zwecke der Erhebung übersendet wurden, ob ein Spezialmandat zu dieser Erhebung vorlag oder der allgemeine Auftrag zu fortlaufender Verwaltung der Wertpapiere, endlich ob der Mandatar identisch mit der Einlösungstelle der betreffenden Koupons war oder der Auftrag dahin ging, die Koupons bei einer dritten Einlösungstelle zu präsentieren und zu erheben. Für die Frage der Stempelpflichtigkeit der Berechnung entscheidet die rechtliche Natur des konkreten Rechtsgeschäftes, auf welches dieselbe sich bezieht. Die rechtliche Natur des Rechtsverhältnisses aber, welches zwischen den bei dem Inkassomandate beteiligten Interessenten besteht, wird dadurch nicht berührt, daß der Inkassomandatar zugleich Beauftragter des Schuldners des einzukassierenden Wertpapiers ist.

Die Revision ist daher insoweit, als sie überhaupt die Stempelpflichtigkeit des hier fraglichen Schriftstückes bestreitet, für begründet zu erachten, da nach demjenigen, was thatsächlich festgestellt ist, hier eine Rechnung *re* über ein Guthaben oder eine Verpflichtung aus einem der in Tarifposition II, 4b bezeichneten Geschäfte überall nicht vorliegt.

2. Die Verwaltungsbehörde hat sich in ihrer Gegenerklärung auf den zweiten der von dem Bundesrate zur Beseitigung von Zweifeln und Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Auslegung und Anwendung des Reichsstempelabgabengesetzes unter dem 5. Juli 1882 gefaßten Beschlüsse berufen, indem sie zugleich auszuführen versucht, daß diesen Bundesratsbeschlüssen formell gesetzliche, den Richter bindende Kraft beizubehalten. Die letztere Annahme ist völlig unzutreffend. Daß der Bundesrat selbst gar nicht beabsichtigt hat, eine authentische, für den Richter verbindliche, mit gleicher Kraft wie das Gesetz selbst ausgestattete Interpretation des letzteren zu geben, geht aus der Begründung des von dem Reichskanzler an den Bundesrat unter dem 15. Mai 1882 gestellten Antrages hervor, welcher den Anlaß zur Fassung der fraglichen Beschlüsse gegeben hat. In dem die Vorlage an den Bundesrat

begleitenden Briefe des Reichskanzlers ist ausdrücklich hervorgehoben, daß „durch die Entscheidung des Bundesrates ein abschließendes Urteil über die angeregten Zweifelsfragen insofern nicht zu gewinnen sei, als die Gerichte bei ihren Entscheidungen an die Beschlüsse des Bundesrates nicht gebunden seien.“

Vgl. Verhandl. des Bundesrates Jahrg. 1882 Druckf. Bd. 2 Nr. 68. Der Bundesrat würde auch zu dem Erlasse einer authentischen Interpretation, welcher Gesetzeskraft beivothnte, verfassungsmäßig nicht berechtigt gewesen sein. Der §. 21 des Reichsstempelabgabengesetzes, welcher den Umfang normiert, in welchem der Bundesrat Anordnungen zur Ausführung des Gesetzes zu erlassen ermächtigt ist, räumt ihm dieses Recht nicht ein. Ebenso wenig ist aber ein solches Recht aus dem von der Verwaltungsbehörde hierfür angezogenen Art. 7 Nr. 3 der Reichsverfassung zu folgern, welcher dem Bundesrate ein einseitiges, selbständiges Gesetzgebungsrecht oder ein Recht zu bindender authentischer Interpretation erlassener Reichsgesetze in keiner Weise einräumt. Soweit die Vorschrift in Art. 7 Nr. 3 neben den Bestimmungen in Art. 7 Nr. 1. 2 eine selbständige Bedeutung hat, liegt diese auf ausschließlich verwaltungsrechtlichem Gebiete. Es genügt in dieser Beziehung, auf die von der Verwaltungsbehörde zu Unrecht für ihre Auffassung angezogenen Ausführungen in Laband, Staatsrecht des Deutschen Reiches Bd. 1 S. 255 ffg. zu verweisen, aus denen gerade das Gegenteil von demjenigen sich ergibt, was die Verwaltungsbehörde aus denselben ableiten will.

3. Die Verwaltungsbehörde foßt aber auch den zweiten der erwähnten Bundesratsbeschlüsse materiell unrichtig auf. Derselbe lautet dahin: „Zu den Anschaffungsgeschäften im Sinne der Tarifnummer 4 gehört auch die Annahme von Wechseln, Koupons, Dividendenscheinen oder Wertpapieren zur Gutschrift in laufender Rechnung oder auf eine bestimmte, aus einem Warengeschäfte oder einem sonstigen Rechtsgrunde entspringende Schuld.“ Die Motivierung des bezüglichen Antrages des Reichskanzlers, welcher, soweit der Bundesratsbeschuß hier in Betracht kommt, von dem letzteren nicht abwich, führte aus: „Die Übermittlung von Wechseln, Koupons und dergleichen zur Gutschrift und die dabei vorkommenden Schriftstücke finden verschiedene Beurteilung. Der königlich preußische Herr Finanzminister betrachte die Annahme von Wechseln dritter oder von Koupons zur Gutschrift als ein Anschaffungsgeschäft, sofern nicht aus den Schriftstücken im einzelnen Falle un-

zweideutig hervorgehe, daß ein anderes Geschäft, insbesondere ein bloßes Mandat oder dergleichen vorliege. Dem werde beizutreten sein. In den meisten Fällen erfolge die Übersendung der Wechsel zc zur Gutschrift und die Annahme ohne nähere Vereinbarung. Die allgemeine Meinung der Geschäftswelt gehe dahin, daß der Schuldner durch Gutschrift der Wechsel zc liberiert werde, vorbehaltlich richtigen Einganges. Mit diesem stillschweigenden Vorbehalte werde der Wechsel zc in Zahlung gegeben bezw. genommen. Das Verhältnis charakterisiere sich als datio in solutum, die (bezw. die Annahme an Zahlungsstatt) zu den Anschaffungsgeschäften im Sinne des Handelsgesetzbuches Art. 271 und deshalb auch im Sinne der Tarifnummer 4 des Gesetzes vom 1. Juli 1881 zu rechnen sei." Der Wortlaut des Bundesratsbeschlusses (in den Worten: „Annahme von Wechseln zc zur Gutschrift in laufender Rechnung oder auf eine — Schuld“), wie dessen Begründung ergeben unzweifelhaft, daß mit demselben dem Begriffe des „Anschaffungsgeschäftes“ nicht eine andere Bedeutung, als die oben ausgeführte, hat beigelegt, daß namentlich an dem charakteristischen Erfordernisse des auf Übertragung von Eigentum gegen Entgelt gerichteten Geschäftes hat festgehalten, keinesweges aber das Inkassomandat den Anschaffungsgeschäften hat beigezählt oder gleichgestellt werden sollen.